



Forderung an die neue Regierung: Demenzkrankte und ihre Angehörigen nicht vergessen!

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft (DALzG) fordert die Parteien auf, eine bessere Unterstützung für demenzerkrankte Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zu einem wichtigen Punkt der Koalitionsverhandlungen zu machen und im Koalitionsvertrag zu verankern.

Berlin, 12. Oktober 2021. „Im Bundestagswahlkampf haben die Themen Gesundheit und Pflege eine erstaunlich geringe Rolle gespielt. Bei 4,1 Millionen pflegebedürftigen Menschen in Deutschland, von denen rund 70 % von Angehörigen und zu Hause versorgt werden, ist das völlig unverständlich“, so Monika Kaus, Vorsitzende der DALzG. „Pflegerische Angehörige haben in der Pandemie einen noch größeren Anteil der Pflege übernommen, während gleichzeitig Unterstützungsangebote weggebrochen sind. Ihre Leistung muss in der neuen Legislaturperiode besser gewürdigt werden. Das muss sich auch in Verbesserungen im Bereich der häuslichen Pflege niederschlagen.“

Neben Maßnahmen zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege braucht es einen Ausbau der Unterstützungsangebote, finanzielle Entlastungen der betroffenen Familien wie auch Verbesserungen für beruflich Pflegenden, um dem Pflegenotstand zu begegnen. Menschen mit Demenz haben einen Anspruch auf Teilhabe. Hier müssen entsprechende Maßnahmen nicht nur geplant, sondern auch umgesetzt werden. Die schwierige Situation für Menschen mit Demenz in Akutkliniken ist seit Jahrzehnten bekannt, die flächendeckende Implementierung demenzsensibler Konzepte muss dringend vorangetrieben werden.

Anschrift:

Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V.
Selbsthilfe Demenz
Friedrichstraße 236
10969 Berlin
Tel: 030-259 3795 0
Fax: 030-259 3795 29
www.deutsche-alzheimer.de
info@deutsche-alzheimer.de

Vorstand:

1. Vorsitzende:

Monika Kaus, Wiesbaden

2. Vorsitzende:

Sylvia Kern, Stuttgart

Schatzmeister:

Swen Staack, Norderstedt

Beisitzer:

Dagmar Heib, Dillingen

Lilja Helms, Stuhr

Prof. Dr. Alexander Kurz, München

Dr. René Thyrian, Greifswald

Mitgliedschaften:

Alzheimer Europe

Alzheimer's Disease International

BAG Selbsthilfe e.V.

BAGSO e.V.

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft Berlin

IBAN: DE32 1002 0500 0003 3778 00

BIC: BFSWDE33BER



Als Dachverband und bundesweite Interessenvertretung von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen fordert die DAzG im Einzelnen:

- **Verbesserungen in der Pflegegesetzgebung, dazu gehört:**
 - Flexibilisierung der Leistungen, um eine passgenauere Unterstützung der betroffenen Familien zu ermöglichen;
 - Flächendeckender Ausbau des Angebots von Tages- und Kurzzeitpflege;
 - Unterstützung für berufstätige Angehörige, z.B. in Form von Lohnersatzleistungen für Pflegezeiten analog dem Elterngeld
 - Eine Deckelung des Eigenanteils für Pflege im stationären und ambulanten Bereich
- **Verbesserungen der Rahmenbedingungen für beruflich Pflegende**

Die Betreuung und Pflege von Menschen mit demenziellen Erkrankungen erfordert nicht nur Fachwissen, sondern auch ausreichend Zeit. Neben einer angemessenen Bezahlung sind daher ein ausreichender Personalschlüssel sowie eine Entlastung der Pflegekräfte von pflegefremden Aufgaben erforderlich.
- **Krankenhäuser besser für die steigende Zahl von Menschen mit Demenz aufstellen**

Die Situation im Krankenhaus ist für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen besonders belastend. Krankenhäuser sind auf Effizienz getrimmt, Menschen mit Demenz und ihre besonderen Bedarfe sind in den Organisationsstrukturen ebenso wenig berücksichtigt wie im aktuellen DRG-System. Existierende Konzepte für demenzsensible Krankenhäuser müssen in der Fläche umgesetzt werden.
- **Die Nationale Demenzstrategie (NDS) mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausstatten**

Die NDS wurde 2020 von der Bundesregierung beschlossen. Sie enthält 162 Einzelmaßnahmen in 4 Handlungsfeldern. Nur ein Teil der Maßnahmen ist auch mit einer Finanzierung hinterlegt. Um aus der NDS mehr als eine Absichtserklärung zu machen, ist eine sachgerechte Finanzierung für die Umsetzung aller vorgesehenen Maßnahmen erforderlich.

„Menschen mit Demenz, Pflegebedürftige und pflegende Angehörige stellen einen erheblichen Teil der Bevölkerung dar. Sie haben einen Anspruch auf die Berücksichtigung ihrer Anliegen“, betont Kaus. „Die Forderung einer Verankerung im Koalitionsvertrag ist daher mehr als gerechtfertigt.“



Hintergrund

In Deutschland leben heute etwa 1,6 Millionen Menschen mit Demenzerkrankungen. Etwa zwei Drittel davon werden in der häuslichen Umgebung von Angehörigen betreut und gepflegt. Jährlich erkranken rund 300.000 Menschen neu. Ungefähr 60 Prozent davon haben eine Demenz vom Typ Alzheimer. Die Zahl der Demenzerkrankten wird bis 2050 auf 2,4 bis 2,8 Millionen steigen, sofern kein Durchbruch in Prävention und Therapie gelingt.

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbsthilfe Demenz

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft engagiert sich für ein besseres Leben mit Demenz. Sie unterstützt und berät Menschen mit Demenz und ihre Familien. Sie informiert die Öffentlichkeit über die Erkrankung und ist ein unabhängiger Ansprechpartner für Medien, Fachverbände und Forschung. In ihren Veröffentlichungen und in der Beratung bündelt sie das Erfahrungswissen der Angehörigen und das Expertenwissen aus Forschung und Praxis. Als Bundesverband von mehr als 130 Alzheimer-Gesellschaften unterstützt sie die Selbsthilfe vor Ort. Gegenüber der Politik vertritt sie die Interessen der Betroffenen und ihrer Angehörigen. Die DALzG setzt sich ein für bessere Diagnose und Behandlung, mehr kompetente Beratung vor Ort, eine gute Betreuung und Pflege sowie eine demenzfreundliche Gesellschaft.

Kontakt:

Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbsthilfe Demenz

Susanna Saxl

Friedrichstraße 236, 10969 Berlin

Tel: 030 - 259 37 95 0, Fax: 030 - 259 37 95 29

E-Mail: info@deutsche-alzheimer.de, Internet: www.deutsche-alzheimer.de